

KEIN ABSEHBARES ENDE DER KRISE IN EUROPA

Vortrag von Herrn Frank Engel, Europäischem Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der CSV auf einer Veranstaltung des CDU-CSU Freundeskreises Luxemburg

Von Rosmarie Carotti

Laut Frank Engel handelt es sich um die schlimmste Krise seit der grossen Inflation in den Dreissiger Jahren, die entgegen dem, was heute in Politik und Wirtschaft verbreitet wird, nicht durch verbesserte Interventionsmechanismen sondern durch den Zweiten Weltkrieg, wozu sie sogar geführt hat, zu Ende gegangen ist.

2009 ist der Welthandel zum ersten Mal nach dem Weltkrieg rückläufig gewesen und hat einen Rückgang von 12% verzeichnet. Alle Staaten sind global davon betroffen, aber Europa in besonderem Masse, weil es politisch nicht so gestaltet ist, dass ein schnelles Herauskommen aus der Krise möglich ist. Wenn China nicht auf verschiedene Art und Weise diese Krise abmildern würde, hätten wir es zweifelsohne mit Daten zu tun, die an die grosse Depression erinnern würden.

Es wurden auf die Krise Antworten gesucht und gefunden, um die totale Schmelze der Wirtschaft zu verhindern, aber das Phänomen Krise hat mittlerweile sämtliche Bereiche erreicht. Keiner weiss, wann sie aufhören wird.

Frank Engel spricht von einer strukturelle Krise, deren Auslöser aber nicht Ursache die Verzerrungen der Finanzwelt waren. Letztere hätten dazu geführt, dass eine nicht mehr haltbare Wirtschaftsordnung wie eine Finanzordnung geendet habe. Wir hätten erkennen müssen, dass die Loskoppelung von Finanz- und Realwirtschaft nichts bringt.

Es sei die Gier, die zu dieser Krise geführt habe, es sei die Gier, die zu diesem Zeitpunkt noch einen wirksamen Austritt aus ihr verhindere. Die Marktwirtschaft habe bisher ebenso versagt wie die staatliche Planwirtschaft. 4 000 Billionen Euro seien weggeschmolzen, das sei eine Vier mit 15 Nullen. Es gehe einfach nicht, dauerhaft Geld aus dem Nichts zu produzieren. Die Planwirtschaft habe es anhand von geringen Wechselkursen und Geldproduktion nach Plan versucht, die Marktwirtschaft über lustige Finanzprodukte.

Das sei das Problem, das es zu lösen gelte. Die strukturierten Produkte seien immer noch da, die Verhaltensweisen, die dazu führen, dass sie genutzt werden, auch. Man könne endlos über Regulierung reden, aber solange es Schuldendienstausfallsversicherungen gebe, wie sie jetzt wegen Griechenland massiv von Investoren gekauft werden, werde sich nichts ändern. Diese Investoren nähmen kein eigenes Risiko auf sich sondern spekulierten darauf, dass Griechenland irgenvann Bankrott sein werde und jedenfalls aus der Euro Zone ausscheiden müsse, was überhaupt nicht möglich sei.

Das Ganze werde von Verhaltensmustern umrahmt, die weiter bestünden, wie die Leerverkäufe, die im Wesentlichen der Handel mit Wertpapieren, die man nicht besitze, seien. Die Lobbyisten des freien Markts erklärten, die Leerverkäufe seien ein notwendiges Instrument zur Preisbestimmung am Markt. Das bedeute so viel wie, dass man eine Transaktion erfindet, für die man vorher eine Basis erfunden haben muss, um einen Preis zu bestimmen, der damit nichts zu tun hat. Das sei dauerhaft nicht vermittelbar. Leerverkäufe seien zwar kurz im Oktober 2008 nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers in Europa und in den Vereinigten Staaten verboten, aber kurioserweise am gleichen Tag in China zugelassen worden.

Mittlerweile gäbe es zwar einen G-20, aber die nationalen Inspirationen seien so verschiedenartig, dass man nicht davon ausgehen könne, dass der G-20 das Embryo einer zukünftigen Weltwirtschaftsregierung darstellen könne.

Dazu kämen noch die Börsenpraktiken. Den alten Marktsaal gebe es nicht mehr, sondern Computer, die darauf programmiert seien, auf bestimmte Bewegungen am Markt zu reagieren. Man nehme das konkrete Beispiel einer Staatsschuld und der dazu gehörenden Versicherungspapiere. Irgendwo, in Manhattan z. B., wird beschlossen, diese Papiere massiv zu kaufen. Das Kaufphänomen setzt an, irgendwo wird ein Sockel überschritten, die Reaktion der Computer führt zu Kursveränderungen an der Börse, bis die Anleger fälschlicherweise anfangen zu glauben, dass der Staat Bankrott ist.

Griechenland hat eine Verschuldung von mehr als die eigene Wirtschaftsleistung von einem Jahr, aber damit steht es nicht allein. Italien hat sie auch, Japan sogar das Doppelte. Laut Frank Engel, gibt es keine zwanghafte kausale Relation zwischen der Verschuldung eines Staates oder der Neuverschuldung eines Staates und der

Wahrscheinlichkeit eines Staatsbankrotts. Daraus schliesst er, dass Regulation nur begrenzt helfen kann und dass Verbote von bestimmten Produkten und Praktiken mittelfristig nicht umgänglich sein werden.

Wenn wir versuchen wollen die Krise zu überwinden, und wenn wir es für die Menschen tun, muss es, seiner Ansicht nach, eine Rückbesinnung auf die elementare Wahrheit geben, dass es auch ohne Leerverkäufe geht und dass ein Preis auch anders, über Angebot und Nachfrage eines real existierenden Wertes, bestimmt werden kann.

Frank Engel kam schliesslich auf Luxemburg als Finanzzentrum zu sprechen und auf die Bestrebungen, unter dem Vorwand der Krise, die Finanzzentren trocken zu legen. Seiner Ansicht nach, würde eine strikte Anwendung des obligatorischen automatischen Informationsaustausches das Privatkundengeschäft am Bankenplatz quasi zum Erlahmen bringen. Und er fragte sich, ob die Vereinigten Staaten mit ihren Off-shore Staaten oder China ebenfalls zu diesem automatischen Informationsaustausch nach Europa bereit seien.

Europa werde das Kapital, das es dringend für den wirtschaftlichen Aufschwung benötige, ausserhalb des europäischen Kontinents aufreiben müsse, zu Kosten, die nicht tragbar seien. Europa brauche erhebliches Risikokapital, damit seine hoch innovativen Unternehmen abheben und expandieren könnten. Die Europäische Union habe 9 mal weniger Risikokapital als die Vereinigten Staaten für innovative kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung.

Steuervernunft und Steuermoral seien vonnöten, anstatt das Verschwinden der Finanzplätze. Auch bei der Währungsunion müsse man sich fragen, ob wir nicht das falsche Modell hätten. Die Europäische Zentralbank, die nach deutschem Modell funktioniere, habe nur ein Instrument zu ihrer Verfügung, den Zinssatz. Sie sei ausschliesslich für die Preisstabilität zuständig und könne nicht den Euro auf- oder abwerten. Weil sie das nicht könne, werde gegen den Euro spekuliert. Die Begleitung von Kursschwankungen auf eine politischere Art durch die Zentralbank oder eben ein anderes Instrument wäre nach Ansicht von Frank Engel eine gute Sache.

Entgegen dem EU-Vertrag, bedinge eine Währungsunion seiner Meinung nach eine Haftungsgemeinschaft. Eine Währung von vielen souveränen Staaten, die ihre eigene

Wirtschafts- und Haushaltspolitik betrieben, könne einfach nicht dauerhaft stabil bleiben. Der Euro sei eine grosse Leistung der europäischen Einigung, aber nun seien alle die festgelegten Konvergenzkriterien überschritten. Bei derart hohen Schuldenständen sei kein Spielraum für politisches Handeln übrig.

Ob es die Europäische Zentralbank, die heute nicht politisch handeln darf, der Europäische Währungsfonds oder eine Europäische Schuldenagentur sein werde, die eine Lösung herbeiführe, sei unwichtig. Wichtig sei, dass eine Lösung gefunden werde. Europa brauche Finanzreserven, um schnell und bevor die Märkte verrückt spielen eingreifen zu können. Dazu werden zusätzliche Haushaltsmittel für die Europäische Union nötig sein, die heute nur 1.2% der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten betrage. Das reiche für Rücklagen der Europäischen Union nicht aus. Es gehe um das Überleben einer Währung und dabei um das Überleben der Union.

Ein radikales Umdenken sei erforderlich. Der Prozess der Integration sei so weit gediehen, dass jetzt die letzten Schritte zwangsläufig von den vorherigen notwendig gemacht werden; im Moment seien noch alle Probleme lösbar, wir müssen nur wollen.